



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Xavier Ganiot
Schliessung der regionalen Poststellen

QA 3036.12

I. Anfrage

Im Rahmen ihrer Umstrukturierung hat die Schweizerische Post seit 2009 insgesamt 39 regionale Poststellen im Kanton Freiburg überprüft. Über die lokalen Medien kündigte sie Anfang April 2012 (siehe La Liberté vom 12. April 2012) eine regelrechte Abmagerungskur an, bei der die kleinsten Poststellen mit beschränkten Öffnungszeiten und geringstem Geschäftsvolumen geopfert werden, ohne die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Unternehmen in ihrer Umgebung zu berücksichtigen.

Von den 39 Poststellen werden nur sieben unverändert beibehalten, die anderen werden in «Agenturen» umgewandelt oder durch einen «Hauservice» ersetzt. (Bei vier Poststellen herrscht noch Ungewissheit: Gletterens, Plasselb, Ried und Schwarzsee).

Seit Monaten werden in unserem Kanton regionale Poststellen gestrichen. Ende März 2012 kündigte die Post die Schliessung oder Anpassung der Poststellen von Lugnorre, Cottens, St. Silvester, des Burgquartiers und des Neustadtquartiers in Freiburg an.

Entgegen dem heftigen Widerstand der Kundinnen und Kunden und dem starken Bedürfnis der Bevölkerung nach einem kundennahen Postdienst präsentiert die Post ihr Umstrukturierungsvorhaben als unvermeidbar mit dem Argument, dass sie sich an die neuen Gewohnheiten der Kundinnen und Kunden sowie an die stetig zunehmende Verwendung der Internetdienste anpassen muss. Sie führt an, dass die Kundinnen und Kunden sich problemlos auf die neue Situation einstellen. Unerwähnt bleibt, dass sie ihnen gar keine andere Wahl lässt.

Trotz eines konsolidierten Gewinns von 904 Millionen Franken im Jahr 2011 will die Post weiter abbauen und setzt damit Arbeitsplätze, die Dienstleistungsqualität und den uneingeschränkten Zugang zu den Postdienstleistungen aufs Spiel. Wir schauen dem planmässigen Abbau eines Service public zu, auf den die Bevölkerung zählt.

Seit die Post die inzwischen angelaufene Umstrukturierung angekündigt hat, ist es zu unzähligen Reaktionen der Kundinnen und Kunden sowie diverser politischer Parteien gekommen. Diese kritisierten in ihren Stellungnahmen jeweils den Staatsrat, der allzu zögerlich und diskret auf die Ankündigungen der Post zu reagieren schien, anstatt energisch und aktiv die Führung bei der Verteidigung der Arbeitsplätze und der Interessen des Kantons und seiner Gemeinden zu übernehmen. Nach den erfolglosen Verhandlungen bezüglich SBB Cargo und dem Verlust von Arbeitsplätzen hatte der Staatsrat zugegeben, dass er nicht über ausreichend Verhandlungstechnik verfügt, und hatte angekündigt, dass er die Konsequenzen daraus ziehen würde.

Seit 2009 wurde der Staatsrat über mehrere parlamentarische Vorstösse auf die Frage des Poststellenabbaus in den Regionen des Kantons Freiburg angesprochen. Insbesondere am 15. Juni

2009 und am 10. September 2009 antwortete der Staatsrat auf die Anfrage 3211.09 und im Plenum auf den Auftrag 4010.09 mit folgenden Worten: "Der Staatsrat verpflichtet sich, die Entwicklung dieses Dossiers aufmerksam zu verfolgen und darauf zu achten, dass die Post ihre Versprechungen einhält und dass die Rechte der Gemeinden und der Freiburger Bevölkerung beachtet werden". Eine Antwort mit ähnlichem Wortlaut hat der Staatsrat am 30. November 2010 auf die Anfrage 3332.10 gegeben, die zur Poststelle von Schwarzsee gestellt wurde.

Die jüngste Ankündigung in den regionalen Medien zeigt jedoch, dass die von der Post geplante Umstrukturierung unaufhaltsam ihren Lauf nimmt, ohne dass der Staatsrat den Prozess in irgend einer Weise hätte bremsen können. Es scheint folglich, dass der Staatsrat sein Versprechen gegenüber den Gemeinden und der Bevölkerung nicht einhalten wird.

Aufgrund dieser Darlegungen stelle ich dem Staatsrat (SR) die folgenden Fragen:

1. Wo stehen heute die Verhandlungen zwischen dem Staatsrat und der Post zum Thema Poststellenabbau in den Regionen?
2. Welche Massnahmen hat der SR getroffen, um die Versprechen durchzusetzen, die die Post gemacht hat, und um die Interessen der Gemeinden und der Bevölkerung des Kantons zu schützen? Mit anderen Worten: Was hat der SR konkret unternommen, um die bedrohten regionalen Poststellen zu retten?
3. Was beabsichtigt der SR angesichts der Anfang April 2012 in den Medien verbreiteten Ankündigung in nächster Zeit zu unternehmen?

16. April 2012

II. Antwort des Staatsrats

Einleitend weist der Staatsrat darauf hin, dass er im Rahmen seiner Möglichkeiten alles unternimmt, um die Interessen des Kantons Freiburg zu vertreten. Dies ist insbesondere der Fall, wenn ein Dienstleistungsunternehmen wie die Post Umstrukturierungen ankündigt. Was die Post anbelangt, möchte der Staatsrat in Erinnerung rufen, dass der Kanton Freiburg bei den Verhandlungen, die auf die Schliessung des Briefzentrums in Freiburg folgten, die Niederlassung eines Call Centers ebenfalls in Freiburg erwirken konnte. Dieses Call Center, das ursprünglich etwa 50 Arbeitsplätze hätte bieten sollen, beschäftigt heute rund hundert Personen. Ausserdem befindet sich im Kanton ein «Operations Center» der PostFinance in Bulle, das zurzeit 164 Personen beschäftigt. Die Post bleibt damit einer der grössten Arbeitgeber des Kantons, denn sie zählt zurzeit 1073 Arbeitsplätze im Kanton Freiburg.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Staatsrat die Anfragen von Grossrat Ganiotz wie folgt:

1. Wo stehen heute die Verhandlungen zwischen dem Staatsrat und der Post zum Thema Poststellenabbau in den Regionen?

Seitdem die Post im Frühjahr 2009 die geplanten Umstrukturierungen angekündigt hat, stehen die Kantonsbehörden in regelmässigem Kontakt mit ihr, denn eine Delegation des Staatsrats trifft sich mindestens einmal im Jahr mit den Vertretern der Postführung. An diesen Treffen werden die

jüngsten Entwicklungen im Freiburger Poststellennetz und die laufenden Projekte besprochen. Es findet also ein Austausch über alle Punkte statt, die in Verbindung mit den von der Post in unserem Kanton geplanten Reformen stehen und die insbesondere die 2009 angekündigten Umstrukturierungen betreffen. Der Kanton Freiburg verfügt über direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei der Post, die namentlich im Bereich Poststellen und Verkauf tätig sind. Das nächste Treffen zwischen einer Delegation des Staatsrats und der Postführung sollte im Herbst stattfinden.

2. Welche Massnahmen hat der SR getroffen, um die Versprechen durchzusetzen, die die Post gemacht hat, und um die Interessen der Gemeinden und der Bevölkerung des Kantons zu schützen? Mit anderen Worten: Was hat der SR konkret unternommen, um die bedrohten regionalen Poststellen zu retten?

Der Staatsrat hat Ende Juni 2009 ein Treffen zwischen der Post und den Freiburger Gemeinden organisiert, an dem die Post über die Umstrukturierung des Poststellennetzes informierte, die sie im Frühling des gleichen Jahres angekündigt hatte. Die Post erklärte an diesem Treffen, dass sie bis Ende 2011 insgesamt 421 Poststellen in der ganzen Schweiz überprüfen würde, rund vierzig davon im Kanton Freiburg. Wie der Verfasser dieser Anfrage bestätigt, wurde bis heute keine Poststelle geschlossen, ohne dass eine alternative Lösung gefunden worden wäre. Es handelt sich dabei um die beiden folgenden Lösungen:

Der Hausservice, mit dem die Postdienstleistungen einschliesslich der Einzahlungen am Wohnsitz der Benutzer angeboten werden.

Die Agentur, die von Dritten geführt wird und bei der die Finanzdienstleistungen zwar etwas eingeschränkt sind, dafür aber die Öffnungszeiten in der Regel weit länger ausfallen als bei den Poststellen. Dies stellt denn auch Umfragen zufolge einer der Pluspunkte für die Kundenzufriedenheit dar. Ausserdem ist die Agentur ein gutes Mittel, um Dorfläden zu unterstützen und zu erhalten. In kleinen Dörfern ist es manchmal die Postagentur, die den Fortbestand des letzten Ladens sichert und so auch einen Treffpunkt im Dorf am Leben hält.

Angesichts der veränderten Kundengewohnheiten aufgrund der Entwicklung der Informationstechnologien (weniger Kundinnen und Kunden in bestimmten Poststellen) kann der Staatsrat nachvollziehen, dass die Post gewisse Poststellen auf ihre Tragbarkeit hin prüft. Insofern eine ausreichende Alternative angeboten wird, scheint es ihm illusorisch, an einem unflexiblen Poststellennetz festhalten zu wollen. Zu diesem Schluss ist auch der Bundesrat bei der Prüfung der Volksinitiative «Für eine starke Post» gekommen (vgl. Botschaft des Bundesrats vom 22. Juni 2011 zur Volksinitiative Nr. 11.038, BBl 2011, S. 5853). Der Nationalrat ist als erste Kammer, die sich zum Thema äussert, dem Bundesrat gefolgt und empfiehlt die Initiative dem Volk und den Kantonen zur Ablehnung. Er hat diesen Entscheid am 5. Juni deutlich mit 123 gegen 56 Stimmen und 7 Enthaltungen gefällt. Auch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), die die Interessen der Bergregionen vertritt, hat sich gegen die Initiative ausgesprochen.

Der Staatsrat möchte ausserdem darauf hinweisen, dass die Post, wenn sie Umstrukturierungsmassnahmen plant, stets das Gespräch mit den betroffenen Gemeinden sucht und eine einvernehmliche Lösung anstrebt. Die Gemeindebehörden haben die Möglichkeit, sich bei der Kommission «Poststellen» zu beschweren, falls ihnen die angebotenen Lösungen nicht zufriedenstellend erscheinen. Die Post hat sich zum Voraus dazu verpflichtet, die Empfehlungen dieser Kommission zu beachten (vgl. Antwort des Staatsrats vom 15. Juni 2009 auf den Auftrag MA 4010.09 und die

Anfrage QA 3211.09). Soweit es in seiner Macht liegt, besteht der Staatsrat darauf, dass die Post und die Gemeinden einvernehmliche Lösungen finden. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass sich die Gemeinden entgegen der verbreiteten Meinung meist nicht gegen die vorgeschlagenen Lösungen wehren: Im Schweizer Durchschnitt legte bisher nur eine von zehn Gemeinden bei der oben erwähnten Kommission Beschwerde ein. Im Kanton Freiburg hat sich eine einzige Gemeinde bei der Kommission «Poststellen» beschwert. Es handelt sich um Corpataux-Magnedens, wo die Post einen Hausservice vorgeschlagen hat. Die Kommission hat den Entscheid der Post gestützt.

3. Was beabsichtigt der SR angesichts der Anfang April 2012 in den Medien verbreiteten Ankündigung in nächster Zeit zu unternehmen?

Der in der Anfrage von Grossrat Ganiot zitierte Presseartikel kündigt keine neue Umstrukturierung des Poststellennetzes an, sondern informiert über den Stand der laufenden Reformen. In dieser Beziehung wird nichts Neues hinsichtlich der im Jahre 2009 angekündigten Überprüfung des Poststellennetzes berichtet: In unserem Kanton wurden bisher 39 Poststellen überprüft. Sieben davon wurden unverändert beibehalten, dreizehn wurden in Postagenturen umgewandelt und fünfzehn wurden durch den Hausservice ersetzt.

Wie Grossrat Ganiot in seiner Anfrage erwähnt, gibt es im Kanton Freiburg nur noch vier Poststellen, die die Post überprüfen will. Diese sind Gletterens, Plasselb, Ried und Schwarzsee. In der Zwischenzeit ist der Entscheid über die Poststelle von Gletterens gefallen. Die Poststelle wird, wie am 31. Mai 2012 angekündigt, mit angepassten Öffnungszeiten beibehalten.

Für die Poststelle in Schwarzsee bahnt sich eine interessante Lösung an. Auf die bisherige Poststelle mit begrenzten Öffnungszeiten könnte eine Agentur mit längeren Öffnungszeiten folgen, was für den Tourismusort sehr vorteilhaft sein könnte. Diese Agentur könnte ins Tourismusbüro integriert werden, das dank den so gesicherten Einnahmen seine Öffnungszeiten verlängern könnte.

Die Post, wie jedes Unternehmen, das über ein Netz von Kundenkontaktstellen verfügt, erachtet die Anpassung ihres Netzes an die neuen Bedürfnisse ihrer Kundinnen und Kunden als eine ständige Aufgabe. Deshalb sind stets auch andere Überprüfungen möglich. So wird für die Post des Burgquartiers in Freiburg ein neuer Standort gesucht, um eine modernere Poststelle zu schaffen, die nach neusten Standards eingerichtet wird. Ferner stellt der Staatsrat fest, dass die Reaktionen auf die Entwicklung des Poststellennetzes bei Weitem nicht nur negativ sind.

Im Übrigen muss festgestellt werden, dass sich die Post Zeit nimmt, um das Freiburger Poststellennetz zu überprüfen. Während ursprünglich geplant war, die Umstrukturierung bis Ende 2011 abzuschliessen, ist diese heute immer noch im Gange. Der Staatsrat verfolgt aufmerksam alle Massnahmen, die getroffen werden, um sich zu vergewissern, dass die angebotenen Lösungen nicht nur für die Gemeinden sondern vor allem auch für die Kundinnen und Kunden zufriedenstellend sind.

26. Juni 2012